

AvU 2017-09-25

# Ustermer lehnen Wohnbau-Stiftung ab

**USTER** Die Ustermer wollen keine Stiftung für günstiges und ökologisches Wohnen. Das Nein zu «EcoViva» sei jedoch kein Votum gegen gemeinnützigen Wohnungsbau, sagen Befürworter und Gegner der Initiative.

Die Zürcher Stimmbevölkerung hat einer ähnlichen Vorlage im Jahr 2012 klar zugestimmt. Die Badener auch. Uster hingegen sagte gestern mit gut 58 Prozent Nein zur Initiative «EcoViva – bezahlbar und ökologisch wohnen». Die von den Grünen lancierte Initiative hatte gefordert, dass die Stadt eine Stiftung

gründet, die für mehr günstige Wohnungen und Gewerberäume in Uster sorgen soll. Als Startkapital sollten ihr zehn Millionen Franken aus der Stadtkasse zur Verfügung gestellt werden. Damit könnte die Stiftung eigene Wohnprojekte aufgleisen, vor allem aber Projekte von gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften unterstützen.

## Famos fühlt sich bestätigt

«Ich bin froh, dass diese Initiative abgelehnt wurde», sagte Finanzvorstand Cla Famos (FDP). Die Stiftung hätte seiner Meinung nach nämlich nur viel Geld verschlungen, jedoch wenig bewirken können. Als Beweis ver-

wies er auf Zürich. Dort habe eine ähnliche Stiftung bisher kaum Projekte realisiert, hingegen beträchtliche administrative Kosten verursacht. «Die Ustermer wollten anscheinend nicht, dass bei uns hier dasselbe passiert.» Eine Ablehnung im Verhältnis von knapp sechs zu vier habe er ungefähr erwartet. «Schliesslich waren nicht einmal die Baugenossenschaften geschlossen dafür.»

## Grüne von SP enttäuscht

Auch die Ustermer Grünen sind nicht überrascht, wie das Verdict ausgefallen ist. «Ich freue mich über den Achtungserfolg, den unsere Initiative erzielt

hat», sagte Gemeinderat Thomas Wüthrich (Grüne). Er zeigte sich enttäuscht, dass die SP sich zwar ebenfalls für das Begehren ausgesprochen habe, bei der Werbung um Stimmen aber nicht aktiv aufgetreten sei.

Wüthrich ist überzeugt, dass «bezahlbarer» und ökologischer Wohnungsbau für viele Ustermer wichtig sei. «Auch für viele, die dafür keine Stiftung gründen wollten.» In diesem Punkt gibt ihm auch Finanzvorstand Cla Famos recht. «Das Nein ist kein Votum gegen den gemeinnützigen Wohnungsbau, sondern ein Nein gegen einen unreflektierten Griff in die Stadtkasse.»

*Raphael Brunner*